

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

317 (11.7.1917) Abendblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweimal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 3.45, in das Haus gebracht Mk. 3.75, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 3.45 gegen Vorauszahlung.
Anzeigengebühr: Die einseitige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.
Anzeigen-Nachnahme: in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Poststraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Politik, Nachrichten, Gerichts- und Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Binder; für Redaktionen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.
Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 10-11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Druck- und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 317

76. Jahrgang.

Karlsruhe, Mittwoch, 11. Juli 1917

76. Jahrgang.

Abendblatt

Erfolgreicher Vorstoß deutscher Marine-Infanterie.

Ueber 1250 Gefangene.

Der deutsche Tagesbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 11. Juli. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern

Im Dünenabschnitt des Marinekorps stürmten gestern Teile der kampfbewährten Marineinfanterie nach planmäßiger wirkungsvoller Feuerbereitung die von den Franzosen stark ausgebauten, seit kurzem von Engländern übernommenen Verteidigungsanlagen zwischen der Küste und Combarande.

Der Feind wurde über die Meer zurückgeworfen.

Ueber 1250 Gefangene, dabei 27 Offiziere, sind eingebracht worden; die englischen Verluste in dem stark beschossenen Gelände zwischen Meer und Fluß sind sehr hoch; die Beute steht noch nicht fest.

Wieder trugen unsere Flieger in tatkräftigster Weise trotz heftigen Sturmes zu dem vollen Erfolge des Tages wesentlich bei.

Bei den anderen Armeen der Westfront hielt sich infolge regenfallschen Wetters die Gefechtsintensität in geringen Grenzen. Einige Erkundungsunternehmen von sächsischen, rheinischen und Gardetruppen bei Reims, östlich der Argonnen und zwischen Maas und Mosel zeigten gute Ergebnisse.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine größeren Kampfhandlungen. Die Bewegungen südlich des Dnieper sind bisher planmäßig vollzogen worden.

Russische Front.

Bulgarische Streifabteilungen rieben östlich des Doiransees einen englischen Posten auf. In der Strumaebene schob die englische Artillerie mehrere Detachments in Front.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Neue U-Boots-erfolge auf den nördlichen Kriegsschauplatzen.

WZ. Berlin, 10. Juli. (Amtlich.)

24 500 B.-M.-T. versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen Dampfer „Glebe“ (557 Tonnen), mit Munition und Weizen von Boston nach Liverpool, „English Monarch“ (4947 Tonnen), mit 8000 Tonnen Kohlen von Glasgow nach Livorno.

Fliegerangriffe auf russische Stützpunkte in der östlichen Ostsee.

In den letzten Tagen sind von unseren Flugzeuggeschwadern der nordrussischen Küste die Batterien, Kasernen und Hafenanlagen bei Jurek und Arensburg auf der Insel Osel erfolgreich und wiederholt mit Bomben belegt worden, wobei Treffer und langandauernde Brände beobachtet wurden. Trotz heftiger Beschützung durch feindliche Batterien sind unsere Flugzeuge von allen Unternehmungen unversehrt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Der amerikanische Druck auf die Neutralen.

WZ. Amsterdam, 11. Juli. (Nicht amtlich.) „Daily News“ berichtet aus Washington, daß die amerikanische Regierung von den Alliierten ersucht worden sei, alle Ausfuhrbewilligungen nach Schweden solange zu verweigern, bis die jetzt schwebenden Verhandlungen mit dem Lande beendet sind.

Im Kongreß in Washington ist eine Bewegung im Gange, um mit gewissen europäischen Staaten über ihre Teilnahme an dem Kriege an der Seite der Alliierten zu unterhandeln.

Pinsk steht in Flammen.

„Berlin, 11. Juli. Laut der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet Kavass aus Petersburg: An der Westfront bei Pinsk haben hartnäckige Kämpfe begonnen. Pinsk steht in Flammen.

Die Kämpfe an der Schweizer Grenze.

Genève, 10. Juli. Die „Basler Nachrichten“ melden, die französische Artillerie habe auf der ganzen Linie von der Schweizer Grenze bis Altkirch am Freitag und Samstag rege Tätigkeit entfaltet. Altkirch und Pfirt waren wieder ihre Hauptziele. Trotz der heftigen Beschützung blieben die Altkirch und die Bahnanlagen so gut wie unversehrt, während die Vorstadt durch die französischen Geschosse hart mitgenommen wurde.

Der Stand der politischen Krisis.

Die „Berliner national-liberale Korrespondenz“, das parteianteilige Organ, schreibt heute:

Wir haben seit Montag Abend offenes Spiel. Herr Erzberger hat in der „Germania“ seine Karten aufgedeckt und damit die Richtung gezeigt, in der sich die politische Krisis bewegt. Die Grundlage der ganzen Vorgänge ist eine Kriegszieleklärung, mit der Herr Erzberger, wie man weiß, in der Hauptauschussung am Freitag hervorgetreten ist. Die „Germania“ gibt die Hauptpunkte des Vorschlags wieder. (Berl. Nr. 315 der „Bad. Landesztg.“, D. Schriftltg.) Die Erklärung enthält danach das Bekenntnis zu einem Verständigungsfrieden und zu einer Weiterführung des Krieges, solange ein solcher Friede von unseren Feinden zurückgewiesen wird. Der Zentrumsabgeordnete verspricht sich von einer solchen Erklärung eine große Wirkung. Er traut ihr eine Bewandkraft zu, stark genug, um unsere Feinde in ihrer bisherigen Unbereitschaft eines Besseren zu belehren. Zu diesem Zweck greift er allerdings mit seinem Vorschlag noch weiter. Die Entente, die von dem Friedensangebot der deutschen Regierung vollkommen unberührt geblieben ist, soll zunächst erfahren, daß das deutsche Volk friedensbereit sei. Zu diesem Zweck soll der Deutsche Reichstag nach Ansicht des Herrn Erzberger seine Stimme für einen Verständigungsfrieden erheben. Um aber die Welt davon zu überzeugen, daß es sich hier nicht nur um eine Stimme, sondern um einen ausschlaggebenden Willen handelt, soll nach dem Vorschlag des Zentrumsabgeordneten eine Koalitionsministerien vorbereitet werden, durch die mit Parlamentariern aller Parteien. Die Friedensklärung soll damit eine einheitliche Grundlage gewinnen. Es soll der Wille des Volkes und der Regierung aus ihr sprechen und damit der feindlichen Regierungen die Ausrede unmöglich gemacht werden, die deutsche Regierung werde schließlich doch tun, was sie wolle, wenn auch der Reichstag noch so viel erkläre. Dies sind nach dem Artikel der „Germania“ in großen Zügen die Vorschläge, die Herr Erzberger gemacht hat.

Es ergibt sich aus der bisherigen Haltung der national-liberalen Partei, wie sie dem Erzbergerischen Programm gegenübersteht. Nach den wiederholten Kundgebungen ihrer berufenen Vertretungen, die noch zuletzt durch die Konferenz der Landesparlamentarier erneuert worden sind, erstrebt die national-liberale Partei unter allen Umständen einen Sicherungsfrieden. Sie erkennt den Standpunkt des Verteidigungskrieges, zu dem wir gezwungen worden sind, vollkommen an, setzt sich aber dafür ein, daß dieser Verteidigungskrieg uns politisch, militärisch und wirtschaftlich die nötigen Sicherungen für die Zukunft schaffen muß, wenn anders unser Dasein nach dem Kriege nicht ernstlich und ständig

Bunte Chronik.

Preisaußschreiben für Neugestaltung des deutschen Jugendrechts. Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge setzt einen Preis von 1000 M für die beste Arbeit über folgendes Thema aus: Vorschläge für eine Neugestaltung des deutschen Jugendrechts. Die Entscheidung über die Zuerkennung des Preises steht einem Preisrichterkollegium zu, das sich aus sieben Personen zusammensetzt, die von der Zentrale für Jugendfürsorge gewählt werden. Bewerber werden aufgefordert, die Arbeiten bis zum 1. April 1918 dem Direktor der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin N 24, Monbijouplatz 3, einzureichen.

Entdeckung von Katafombengängen in Wien. Man schreibt der „Post“ aus Wien: Bei dem Abriss der Blumenkale der Gartenbauvereinsgesellschaft am Ring wurden auch die nach der inneren Stadt zu gelegenen Vorbauten niedergelagt; sie enthielten seit einem halben Jahrhundert Werkstätten, Geschäftslager und das Gartenbaurestaurant. Jetzt hat man in einigen Metern in einer Tiefe von mehr als 14 Metern vergitterte Löcher entdeckt, die in abgeklüftene Gänge führen. Diese Gänge sind schon vor 1864, als die Gebäude errichtet wurden, abgeklüft worden. Man vermutet, daß sie einem Teil der in der inneren Stadt weitverbreiteten Katafomben angehören und, in noch größere Tiefe abfallend, mit Klüften und alten Stadtpalästen der weiteren Umgebung in Verbindung stehen. Die Gitter sollen vorläufig verbleiben und erst im August, nach der vollständigen Niederlegung des ganzen Häuserblocks, geöffnet werden.

Das Märchen von Frankreichs Finanzen. Da die französische Regierungskreise noch immer mit tönenden Phrasen und frumpfen Optimismus die Finanzlage des Landes als glänzend darzustellen suchen, unternimmt es jetzt G. de la Fouchardière im „L'oeuvre“, dem Publikum etwas über den wirklichen Stand der französischen Kriegsfinanzen mitzuteilen. Um aber dabei nicht mit der Fingur in Konflikt zu geraten, wird das Ganze in die Form des folgenden klassischen Märchens gekleidet: Ein längst vergangener Zeiten lebte einmal ein armer Mann,

der verzweifelt war, weil sich in seiner Tasche nur ein einziges Goldstück befand. Als er eines Tages zur Arbeit ging, sprach er das folgende Gebet: „O Jupiter, mach mich reich. Nur eine Stunde lang möchte ich Millionär sein!“ Und siehe da, Jupiter erfüllte den Wunsch. Der Wirtsteller hörte ein metallisches Klirren auf dem Erdboden. Ein Scheinbar vom Himmel herabgefallenes Goldstück rollte vor seine Füße. Er bückte sich, hob es auf und steckte es in die Tasche. Zwei Meter weiter fiel ein weiteres Goldstück, einige Meter weiter wieder eins, dann noch eins, und immer so fort. Und so sammelte unser Held während einer ganzen Stunde fortwährend Goldstücke ein. In der letzten Ueberzeugung, daß er nunmehr wirklich reich sei, ließ er das letzte Goldstück unbeachtet in einen Bach rollen, und da hörte der ganze Goldregen mit einem Male auf. Zu Hause angelangt, wollte der Mann kein Vermögen zählen. Er steckte die Hand in die Tasche, nichts war darin, die Tasche war leer. Selbst das eine Goldstück, das ursprünglich in seinem Beutel gewesen war, blieb verschunden. Die Tasche hatte nämlich ein Loch, und durch dieses war das einzige Goldstück immer wieder gefallen, das der Mann viele hundertmal aufgehoben hatte. Möge Jupiter mich davor bewahren, daß ich dieses Goldstück mit dem Vermögen Frankreichs und die durchlöcherter Tasche mit der Kasse des französischen Staatschatzes vergleiche!

Japanischer Schnelldampferverkehr im Stillen Ozean. Unter den bedeutenden Wandlungen, welche die Weltwirtschaft durch den Krieg bisher vollzogen hat, steht der auffallende Aufschwung des japanischen Wirtschaftslebens in Verbindung mit der Vorherrschaft Japans im Stillen Ozean zweifellos mit an erster Stelle. Die Japaner haben den Krieg benützt, um sich mit einer für Amerika und England wohl kaum erreichten Schnelligkeit an allen Küsten des Stillen Ozeans auszudehnen, sie haben ihren Einfluß in China, in Sibirien, Vorderindien und Niederländisch-Indien befestigt und erneuert, die australischen Inselgruppen von japanischer Schifffahrt und japanischer Einfuhr abhängig gemacht und schließlich besonders auf Nordamerika Einfluß genommen. Als zu Ende des Jahres 1914 die einzige, den Verkehr zwischen Nordamerika und Ostasien unterhaltende große

die Japaner diesen Verbindungsweg sofort mit Beschlag. Seit Kriegsausbruch stellten japanische Abenteurer, wie der „Prometheus“ anführt, Schiffe mit insgesamt mehr als 300 000 Tonnen in den Verkehr zwischen Nordamerika und Japan neu ein. Die bedeutendste Erscheinung im Rahmen dieser Verhältnisse ist aber der Bau von Schnelldampfern für den Stillen Ozean, für welche die Werft Togo Kisen Kaisha in der Nähe von Tokio eine neue große Werft anlegte, wo bereits der erste Schnelldampfer in Bau genommen wurde, mit dem an Größe und Geschwindigkeit nur die bisher zwischen Europa und Nordamerika verkehrenden Schnelldampfer verglichen werden können. Das erste Schiff wird 194 Meter lang sein und nicht weniger als 23 Knoten laufen. Bisher waren zwischen Nordamerika und Japan bereits drei 170 Meter lange Schnelldampfer mit 20 Knoten Geschwindigkeit in Betrieb. Dem genannten Neubau „San Francisco Maru“ sollen drei Schiffe desselben Typs folgen, die nicht nur als die größten und schnellsten bisher in Japan erbauten Dampfer, sondern überhaupt als die schnellsten Dampfer der Welt betrachtet werden müssen, wie sie bislang nur von Deutschland, England und Frankreich hergestellt wurden. Damit hat Japan praktisch bewiesen, mit welcher Kraft und Entschlossenheit es seinem Handel und seiner Auswanderung nach Nordamerika freie Bahn zu schaffen gedenkt.

Kleine Mitteilungen. Bei der Vorbereitung zur 6. Kriegsankleihe haben die Professoren und Dozenten der Universität Waburg, wie erst jetzt bekannt wird, in ihrer überwiegenden Mehrheit das Einkommen eines Tages, und zwar einschließlich ihres Einkommens aus Privatvermögen, geschenktweise zur Verfügung gestellt, damit es als Kriegsanleihe gezeichnet und später für einen gemeinnützigen Zweck verwendet werde. Das Verfahren erscheint durchaus der Nachahmung wert. — Der frühere, sehr verdienstvolle Opernleiter am Stadttheater in Trier, Dr. Karl Rennide, ist im Feld gefallen. — Das Brustbild eines Mannes von ausgesprochen slavischem Typus, ein bisher unbekanntes Werk Rembrandts, ist von Geheimrat Seidel in den Bilderverträgen des Königlich-schlossischen Museums aufgefunden worden und zurzeit im Berliner Hohenzollern-Museum aufgestellt. Die Arbeit stammt wahrscheinlich vom Jahre 1661, wo Rembrandt in Amsterdam vielfach mit russischen Gelehrten und Pilgern in Verbindung kam.

bedacht sein soll. Um unsere Grenzen, um unsere wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, steht die nationalliberale Partei das Kriegsziel weiter als bis zu einer bloßen Wiederherstellung des früheren Zustandes. Nur ein Friede auf solcher Grundlage könnte zudem dem Stand unserer glänzenden militärischen Erfolge und der Höhe unserer Opfer entsprechen. Die von Herrn Erzberger vorgeschlagene Friedensformel umfaßt eine ganz andere Grundlage. Sie geht auf den Scheidemannschen Verzichtfriede zurück und glaubt unsere künftige Sicherung durch die internationalen Vereinbarungen gewährleistet, die Wilson in seinen früheren Vorschlägen zur Sicherung des Weltfriedens angegriffen hat. Wie die nationalliberale Partei von einem schwächlichen Verzichtfrieden nichts wissen will, so lehnt sie es auch ab, unsere künftige Sicherung internationalen Vereinbarungen und Gerichtshöfen anzuvertrauen. Sie ist der Überzeugung, daß lediglich die ungeschwächte Erhaltung unserer militärischen Wehrkraft den Fortbestand des Deutschen Reiches sichert, und daß diese Kraft der einzige Güter ist, dem wir unsere Zukunft anvertrauen können. Dieser Standpunkt wird durch die Erfahrungen des Weltkrieges vollkommen gerechtfertigt. Der Haß, der uns in diesem Weltbrand entgegensteht, löst von vornherein jede Hoffnung aus, daß Deutschland in einer künftigen schiedlich-friedlichen Gemeinschaft aller Völker wohlgeborgen sein und deshalb auf eigene Sicherungen verzichten könnte. Dieser Haß macht es auch ganz unwahrscheinlich, daß die von Herrn Erzberger geplante Aktion irgendwie beweiskräftig und überzeugend auf unsere Gegner wirken könnte. Alle bisherigen Erfahrungen haben uns unabweislich gezeigt, daß unsere Friedensangebote ein Schlag ins Wasser waren, daß die Wellen nachher ebenso wild wie vorher gegen uns anstürmten, und daß nur der Eindrud der deutschen Schwäche zurückblieb. Gerade wer einen möglichst raschen Frieden will — und wer wollte ihn nicht? — muß nach den bisherigen Erfahrungen einer Friedensaktion des Reichstags zweifelnd gegenübersehen.

Ob es zu einer solchen Aktion kommen wird, ist nach dem gegenwärtigen Stand der politischen Krisis noch nicht sicher. Jedenfalls hat aber die nationalliberale Reichstagsfraktion in voller Uebereinstimmung mit der Partei es abgelehnt, sich der Kriegszieleklärung anzuschließen, die Herr Erzberger entworfen hat und für die, wie es scheint, nur die Sozialdemokratie und die fortschrittliche Volkspartei unbedingt gewonnen sind. Welche weiteren Folgen die Ablehnung der nationalliberalen Reichstagsfraktion haben wird, muß die Zukunft lehren. Die politische Krisis ist noch nicht zu ihrem Abschluß gelangt, sie hat aber durch den Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion in der Kriegszielefrage bereits ein bestimmtes Gepräge erhalten. Es ist ganz falsch, an dieser Bestimmtheit zu zweifeln. Wenn die „Kölnische Zeitung“ von einer veränderten Stellungnahme der Nationalliberalen spricht, wenn der „Vorwärts“ das angeblich unklare Verhalten der Nationalliberalen für das drohende Scheitern der Aktion verantwortlich macht, so ist beides tatsächlich unrichtig. Die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion hat sich in der Kriegszielefrage nie geändert, sie ist auch nie unentschieden gewesen. In dieser grundsätzlichen Frage ist die Fraktion vielmehr immer entschlossen gewesen, an alten Kurs festzuhalten.

Was die weiteren Fragen anlangt, die Herr Erzberger zur Debatte gestellt hat, so kann man hier eher von taktischen Fragen sprechen. Die „Germania“ lehnt selbst in einem Artikel der Dienstag-Morgenausgabe die Ansicht ab, als sei der Erzbergerische Vorschlag eines parlamentarischen Koalitionsministeriums eine Anspornung an das parlamentarische System. Unsere Auffassung bewegt sich auf derselben Linie. Die nationalliberale Partei ist stets dafür eingetreten, daß eine engere Fühlung zwischen Regierung und Parlament hergestellt wird. Wenn sich in dem Ernst dieser Stunde die Berufung von Parlamentarierern in die Regierung als die beste Form dieses Zusammenwirkens empfehlen sollte, so wird die nationalliberale Partei zur Mitarbeit freudig bereit sein.

Die Undurchsichtigkeit der Lage.

Über den Stand der Krisis wird der „Kölnischen Zeitung“ noch aus Berlin gemeldet: Gestern nachmittag fand eine weitere Sitzung des Kronrats statt. Dies und die ausweichende Erklärung des Kanzlers, die zu der raschen Vertagung des Ausschusses geführt hat, kennzeichnet die völlige Undurchsichtigkeit der Lage. Alle Gerichte über den Rücktritt des Kanzlers und mehrere Staatssekretäre, sowie einiger preussischer Minister beruhen somit vollständig auf einer Mutmaßung, die aus dem bekannten Gegenstand in der Kriegszielefrage, aus dem Mangel einer ausgeprochenen Kanzlermehrheit und aus dem Bedürfnis einer wenigstens einstweilen den parlamentarischen Einfluß stärkenden innerpolitischen Neuorganisation schöpft. So bleibt es noch ungewiß, ob ohne grundlegenden Personalwechsel eine Verhärterung der Stellung des Reichstags und eine Einigung auf einer Wehrheitsklärung zustande kommen wird. In den Blättern jagen die Wahrsager einander, und an den Mutmaßungen kann man die Wünsche und Hoffnungen ablesen. Aus den Parteilagern, in denen eifrigst beraten wird, ist Greifbares nicht zu erfahren.

Kaiser, Kronprinz und Kanzler.

Wien, 10. Juli. (Nicht amtlich.) Im Anschluß an den gestrigen Kronrat hat Seine Majestät heute in mehrstündiger Beratung die schwebenden Fragen und deren Lösung mit dem Reichskanzler erörtert. Auf Befehl des Kaisers trifft morgen der Kronprinz zur Besprechung der von seiner Majestät in Aussicht genommenen Entscheidung hier ein.

Wien, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Der Kaiser empfing gestern den österreichisch-ungarischen Botschafter und hörte heute vormittag den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts und die militärischen Vorträge und empfing den Besuch des Kronprinzen.

Graf Lerchenfeld beim Kaiser.

München, 11. Juli. Die Korrespondenz Hoffmann in München meldet: Es bestätigt sich, daß der bayerische Graf Lerchenfeld am letzten Sonntag vom Kaiser empfangen, und daß hierbei die gesamte politische und militärische Lage eingehend erörtert worden ist. — (Die Wiederholung dieser Nachricht durch das halboffizielle kaiserliche Korrespondenzbüro ist einigermassen auffällig und lenkt zu allerhand Vermutungen Anlaß geben.)

Eine Kandidatur Hertlings unwahrscheinlich.

Die Nachricht des Berliner Bärenkuriers, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling als Anwärter auf den Kanzlerposten in Betracht komme, klingt sehr unwahrscheinlich. Man darf sich nur vergegenwärtigen, daß der bayerische Ministerpräsident 73 Jahre zählt und die Würde seiner Jahre füllt. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß Graf Hertling während der ganzen Kriegszeit eine sehr starke Stütze des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg war und einen allgemein bekannten, großen Einfluß auf die Reichsregierung ausübte hat.

Ueber den Vortrag Loebels beim Kaiser und die Haltung des Zentrums

meldet der Berliner Korrespondent der „Veis. N. N.“: Auch außerhalb des Reichstages hat die Krisis noch keinen nach außen hin sichtbaren Fortgang genommen. Aus der Umgebung des Kanzlers wird berichtet, der Kanzler läge außerordentlich fest und werde auch weiter an der Spitze der Regierung stehen. In parlamentarischen Kreisen wird diese Auffassung allerdings bezweifelt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der preussische Minister des Innern von Loebell am Montag zum Vortrag beim Kaiser erschienen sei und einen außerordentlich tiefen Eindruck auf den Monarchen gemacht habe. (Die Zuverlässigkeit dieser Meldung mag aus nobelstehenden Gründen stark bezweifelt werden. D. Schriftst.) Herr von Loebell habe seine Meinung dahin zusammengefaßt, daß es notwendig sei, das Reichstagswahlrecht in Preußen einzuführen, und daß es gleichzeitig wünschenswert erscheinen müsse, sämtliche Minister und Staatssekretäre von ihren Posten abzuberufen, damit eine neue, in keiner Weise überlastete Regierung die Geschäfte fortführe. Unmittelbar nach diesem Vortrag hat dann der Kronrat stattgefunden, der zu keinem abschließenden Ergebnis gelangt ist, da der Kaiser sich seine Entscheidung noch vorbehalten hat.

Von Seiten des Zentrums wird neuerdings noch außen hin stark daran gearbeitet, der Meinung entgegenzutreten, als ob das Zentrum ein Interesse an dem Rücktritt des Kanzlers habe. So schreibt die „Germania“ in auffallendem Duktus: „Ganz unrichtig sind, zur Zeit wenigstens, alle Gerüchte, die von einer Kanzlerkrise wissen. Das ganze Verhalten des Kanzlers während der Ausnahmeverhandlungen hat auch nicht den mindesten Anlaß gegeben, daß er selbst seine Stellung für erschüttert hält. Wichtig ist allerdings, daß in Kreisen der nationalliberalen Reichstagsfraktion die Mißstimmung gegen den Kanzler sich stark bemerkbar macht. Das Zentrum steht dem Kanzler genau so objektiv gegenüber wie früher. Es sieht die ganze Frage nicht als eine Parteifrage an, sondern als eine reine Frage der Zweckmäßigkeit und politischen Notwendigkeit. Wie die Dinge augenblicklich liegen, hat der Kanzler nach Auffassung parlamentarischer Kreise keinen Anlaß, von seinem Posten zurückzutreten.“ Allerdings ist die „Germania“ das Organ nur eines Teiles des Zentrums.

Nationalliberale Kundgebungen aus Bayern.

München, 10. Juli. Der geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei in Bayern rechts des Rheins hat in Nürnberg eine Entschließung gefaßt, mit der dem Vertrauen in Hindenburgs Kriegführung zu Wasser und zu Land Ausdruck gegeben wird, wie der Vereinsthät, durchgehalten bis zum endgültigen Sieg, damit ein weiterer Aufstieg Deutschlands die Folge sei und nicht ein Niedergang zur politischen Ohnmacht, wirtschaftlichen Verdrückung und sozialen Verarmung. Ohne daß die Bewegung störend auf die Kriegführung einwirken dürfe, wird die freiheitliche innere Ausgestaltung gefordert, der Übergang zum parlamentarischen System als unvereinbar mit den nationalen u. politischen Interessen des deutschen Volkes abgelehnt und die Einmischung des Reiches in die Verfassungen der Bundesstaaten verworfen. Ragen wird ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Regierungen mit den Volksvertretungen verlangt. Die Sammlung des deutschen Volkes im entscheidenden Siegeswillen sei das Gebot der Stunde. Der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Passermann, der zur Kur in Baden-Baden weilte, wurde mit einer telegraphischen Vertrauenskundgebung begrüßt.

Die Auffassung der konservativen Partei

kommt in der „Kreuzzeitung“ zum Ausdruck. Diese erklärt u. a., daß die konservative Partei an den Verhandlungen nicht beteiligt, und von keiner Seite über sie unterrichtet worden sei. Man habe sie ausdrücklich und ostentativ nicht zugezogen. Und dann folgt das Blatt weiter: „Um das weniger Wichtigere vorweg zu nehmen, scheint uns eine Erklärung der Reichsregierung durch Vertrauensmänner der Reichstagsfraktionen undiskutierbar, und wir können uns nicht vorstellen, wie auch nur eine Ergänzung der Regierung in einer Weise stattfinden könne, die mit den bundesstaatlichen Grundlagen unserer Verfassung unvereinbar wäre. Ungleich bedeutungsvoller scheint uns angeht die ungewissen Rämpfe an unseren Fronten die Stellungnahme zur Friedensfrage. Wenn der tief bedauerliche Vorstoß des Abgeordneten Erzberger dazu führen sollte, daß der Reichstag aus neue die Vereinsthätigkeit Deutschlands befinde, soerjeits die Friedenshand zu bieten, oder wenn gar dabei zum Ausdruck kommen sollte, daß der Reichstag auf den Boden der sozialdemokratischen Friedensformel trete, so würden wir das für eine schwere Schädigung des Vaterlandes halten. Der Reichstag würde damit den Kriegswillen unserer Feinde stärken, unseren tapferen Truppen in den Rücken fallen, und die Lage unserer Unterhändler bei späteren Friedensverhandlungen auf das schwerste gefährden.“

Eine Wiener Preßstimme.

Wien, 11. Juli. In Besprechung der politischen Krise in Deutschland führt die „Neue freie Presse“ aus: Von allen Völkern der Erde habe das deutsche in seinen geistigen Anlagen die beste Vorbereitung zur demokratischen Politik. Deutschland werde durch die Demokratie nur gewinnen und nicht verlieren. Seine Demokratie werde echt und lauter, aber gewiß kein Umsturz werden. Die Frage, ob demokratische Einrichtungen den Frieden sichern, sei heute kaum zu beantworten. Die Demokratie sei für die Regierungen der Entente nur ein Vorwand zum Räubern. Zum Frieden ohne Eroberungen habe sich England nie bekannt. Es sei aber nicht unmöglich, daß die Völkern, denen beständig versichert werde, daß die Entente einen Krieg zur Ausbreitung der Demokratie führe und Frieden nur mit den freien Nationen schließen wolle, an diesen Edelmut glauben. Es werden jetzt hören, daß auch die Deutschen auf dem Wege zur Demokratie seien und daß große Parteien mit dem Hintergedanken einer Vollmehrheit zum Frieden ohne Eroberungen sich entschlossen haben.

Schweizer Stimmen zur Krisis.

Zur innerpolitischen Lage in Deutschland sagt der „Nöln. Bg.“ zufolge der „Berliner Bund“ u. a. in Deutschland äußere sich der entschiedene Wille nach einer Reorientierung des gesamten politischen Lebens in mer schärfer. Es müsse sich nun bald zeigen, ob die preussische Regierung die Zeichen der Zeit richtig zu deuten vermag. In Oesterreich-Ungarn hätten Kaiser Karl und seine Ratgeber Verständnis für die künftige Entwicklung gezeigt, sie hätten von selbst den Weg gewiß, zu dem man sie schon hätte zwingen können, in Preußen keine ein solches Entschlossenheit zu zeigen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Berlin und Paris und meint, die Lage der deutschen Regierung sei weit gefährlicher als die, in der sich die französische Regierung befinde. Die Schaffung eines aus allen Parteien zusammen-

gesetzten deutschen Kongressparlamentariums sei in greifbare Nähe gerückt. Die „Deutsche Nationalzeitung“ vermutet ein Kartell in der Reichstagsfrage, um die innere Einheit zu bewahren und, geführt hierauf, die von der deutschen Exekutive als gültig bezeichnete Kriegslage weiter auszuhalten zu können. Das Blatt würde einen solchen Lösungsversuch als eine ungenügende und verhängnisvolle Falschheit ansehen, denn die Demokratie nach innen und der ungenügende Verteidigungsfriede nach außen seien nicht voneinander zu trennen. Alles werde davon abhängen, ob der Deutsche Reichstag in diesen Tagen sich seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Deutschland und allen Völkern gegenüber bewußt sei.

Französische Preßstimmen.

Wien, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Der „L'Echo“ erwartet gekannt die Rückwirkung, die die innerpolitische Krise Deutschlands in Wien und Konstantinopel haben wird und führt darüber aus, daß der Bund der Mittelmächte auf der militärischen Kraft Deutschlands, dessen Finanzkraft und politischen Prestige beruhe. Der Bund müsse daher an dem Tage, wo Deutschland, das seinen Verbündeten den Weg zeigen sollte, selbst einen neuen Weg suche, eine Krise durchmachen. Die „Liberte“ glaubt, die Vorgänge im Reichstag als Anzeichen der Entmutigung der Öffentlichkeit in Deutschland deuten zu sollen.

Der österr.-ungarische Tagesbericht.

Wien, 11. Juli. Amtlich wird verlautbart: **Seltlicher Kriegshauptplatz.**

Zu den Karpaten hält die regere Geschäftstätigkeit an. Südlich des Tnje für wurden die Bewegungen der verbündeten Truppen ohne Störung durch den Gegner vollzogen. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegshauptplatz.

Am Isonzo gewinnt das feindliche Geschützfeuer stellenweise an Stärke.

Südöstlicher Kriegshauptplatz.

Unverändert. Der Chef des Generalstabs.

Der türkische Tagesbericht.

Wien, Konstantinopel, 11. Juli. Amtlicher Bericht von gestern: Abgesehen von der gewöhnlichen Aufklärungstätigkeit und Artilleriefeuer ereignete sich auf der Anafanstrasse nichts von Bedeutung. In der Nacht zum 10. Juli überflogen zwei feindliche Flugzeuge Konstantinopel und warfen an einigen Stellen Bomben ab, die nur unbedeutenden Schaden anrichteten.

Griechenland.

Wien, Athen, 11. Juli. (Gavas.) Der frühere Botschafter von Saloniki Nigropoulos ist mit ausgedehnten Vollmachten zum Generalgouverneur von Mazedonien ernannt worden.

Wien, Athen, 11. Juli. (Gavas.) Johann Kunduriotis, ein Bruder des Admirals, ist zum Gesandten beim serbischen Hof ernannt worden.

Die Tschechen und die österreichische Verfassungsfrage.

Aus Wien wird uns geschrieben: Während die tschechischen Parlamenten ungestüm auch die Straflosigkeit jener tschechischen Abgeordneten fordern, die wegen Verbrechen gegen die Wehrmacht des Staates verurteilt oder in Untersuchung sind, und die Vorgänge an der ostgalizischen Front die Folgen der Wirksamkeit dieser Abgeordneten neuerdings sehr drastisch illustrieren, hat der tschechische Abgeordnete Stransky im Verfassungsausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Erklärung abgegeben, in der er sich vollständig außerhalb des österreichischen Staates stellt. Bekanntlich ist von englischer, französischer und amerikanischer Seite angekündigt worden, daß eine Neuordnung der verfassungsmäßigen und nationalen Verhältnisse Oesterreich-Ungarns im Laufe der Friedensverhandlungen erfolgen solle. Die Vermutung lag nahe, daß diese Idee den leitenden Staatsmännern der Entente durch die tschechischen tschechischen Komitees suggeriert worden sei, die in London, Paris und Newyork bestanden und deren Tätigkeit auch in den letzten Sitzungen des österreichischen Herrenhauses festgestellt worden ist.

In der letzten Sitzung des Verfassungsausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses fand nun eine Besprechung über die Möglichkeit einer Reform der österreichischen Verfassung statt, und bei diesem Anlasse gab der tschechische Abgeordnete Dr. Stransky eine Erklärung ab, die darin gipfelt, daß die tschechischen Parlamenten eine Verhängung mit den deutschen Parteien über die Verfassungsfrage ablehnen und die Regelung dieser Angelegenheit von der Friedenskonferenz erhoffen.

Da im Verfassungsausschusse kein anderer tschechischer Abgeordneter das Wort ergriff und die Erklärung des Abgeordneten Stransky richtigstellte, muß man annehmen, daß es die Anschauung aller tschechischen Parlamenten ist, daß der tschechische Staat hinsichtlich der Ordnung seiner eigenen inneren Verhältnisse seiner Souveränität entkleidet und ihm von fremder Hand eine Verfassung aufgezwungen werde. Diese Auffassung ist nicht nur im allgemeinen bemerkenswert, sondern in besonderem Maße deshalb, weil sie vertritt, daß die Tschechen hinsichtlich der Neuordnung der Dinge in Oesterreich so ungeheuerliches zu fordern scheinen, daß sie nicht erwarten, durch eigene Kraft und mit Hilfe ihrer tschechischen Bundesgenossen es durchzusetzen, sondern die Hilfe der Entente dazu in Anspruch nehmen. Das demokratische Prinzip wird also wieder ausgeschaltet und die tschechische Politik auf ein Ultimatum gestellt, allerdings auf ein Ultimatum der Hand des Königs von England!

Das „Brennenblatt“ hatte sich in seinem Kommentar zu den Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten über die Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich sehr nachdrücklich gegen jeden Einmischungsversuch der Entente verwahrt. Da nun der tschechische Abgeordnete Stransky es als das Ziel der tschechischen Politik bezeichnet, eine solche Einmischung abzuwarten, muß wohl eine neue tschechische Stellungnahme der österreichischen Regierung um so mehr erwartet werden, als — da die Tschechen andererseits auch Überlegenheit für sich behaupten — auch die innerpolitischen Verhältnisse Ungarns dadurch in empfindlicher Weise berührt werden

Aus dem Reich.

Erhöhung des Straßenbahn- und Kleinbahnverkehrs...

Die wirtschaftliche Notlage, in der sich die Straßenbahnen...

Wochenhilfe für Ehefrauen Hilfsdienstpflichtiger...

- 1. der Ehemann eine Beschäftigung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes ausübt...

Bei Hilfsdienstpflichtigen, die durch besondere schriftliche Aufforderung nach Par. 7 des Hilfsdienstgesetzes herangezogen...

Das Ende der „Zukunft“...

Zahlung im Wege des Schecks- und Ueberweisungsverkehrs.

Das Reichspostamt hat zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs...

Postanweisungen und Zahlarten, die mit Schecks oder Ueberweisungen...

Aus dem Großherzogtum.

Oberrhein bei Rosbach, 11. Juli. Das hiesige Richteramt...

Zahr, 10. Juli. Der im Seeresdienst befindliche, zugeht in Urlaub...

Freiburg, 10. Juli. Das Erzbischöfliche Ordinariat hat angeordnet...

Freiburg, 11. Juli. Der Kommunalverband Lörrach-Land hat...

Radolfzell, 11. Juli. Hier fand eine Sitzung der Leistungsvereiner...

Singen, 11. Juli. Gestern Abend wurde auf den hiesigen Festungswällen...

Aus der Residenz.

Karlruhe, den 11. Juli 1917.

Na. Für die Großherzogs Geburtstags-Spende wurden von dem Reinertragnis...

Ungarischer Besuch. Der königlich ungarische Honved-Sauptmann...

Entziehung der Orden und Ehrenzeichen. Durch landesherrliche...

Verdächtigtes Verhalten bei Fliegeralarm. Man schreibt uns: Bei dem...

Von der Ablieferung der Haushaltsgegenstände und Wirtschaftsgüter...

Sammelt Platinfeste! Amlich wird aus Berlin geschrieben: Einzelne...

Großherzogs Geburtstags-Spende.

- Weitere Gaben sind eingegangen von: Reichswehrminister 2000 M...

Militärdienstnachrichten.

Zu Reunants der Resende: Bischoffsweil Ragerl (Stodach), d. Inf....

Beste Drahtberichte.

Verlin, 10. Juli. Den „Neuen Züricher Nachrichten“ zufolge...

Erhabenster Papst! Das große und lebhafteste Interesse, das...

Das englische Parlament.

Manchester Guardian“ erzählt, daß das englische Parlament...

Das 4. griechische Armeekorps in Görtz.

Breslau, 10. Juli. Nach der „Schlesischen Zeitung“ beabsichtigen...

Das Königreich Polen.

Warschau, 11. Juli. In der letzten Vollziehung des vorläufigen...

Kritik in der französischen Kammer.

Genève, 10. Juli. Die „Bürcher Post“ schreibt: Die französische...

Eine sozialistische Konferenz der Alliierten.

London, 11. Juli. (New York.) Der ausführende Ausschuss...

Der englische Luftdienst.

London, 11. Juli. Im Oberhaus erklärte Lord Derby, es würde...

Abbruch der Saloniki-Expedition?

Genève, 10. Juli. Schweizerische Blätter melden: Alle französischen...

Die feindlichen Heeresberichte.

Paris, 11. Juli. Amtlicher Bericht von gestern nachmittags: Gestern...

London, 11. Juli. Amtlicher Bericht von gestern: Letzte Nacht...

London, 11. Juli. Amtlicher Bericht von gestern Abend: General...

Petersburg, 11. Juli. Am russischen Heeresbericht vom 9. Juli...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Stand der Badischen Bank am 7. Juli 1917.

Table with columns: Aktiva: Markt, Passiva: Markt. Rows: Metallbestand, Reichskassenscheine, etc.

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln...

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

- 2. Juli: Albert Anton, v. Ottilie Giuriano, Steinbaurer. 3. Juli: Luise, v. Salomon...

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Karlsruhe i. Baden
 Kaiserstraße 146, gegenüber d. Hauptpost
Depositen-Kasse Durlach
 Hauptstrasse 32
 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3900
 Kapital: 50 000 000 Mark.

Eröffnung laufender Rechnungen und provisionsfreier Scheckkonten.
Gewährung von Bankkredit.
Ankauf von Wechseln und Schecks.
An- u. Verkauf von Wertpapieren u. Zinsscheinen.
Kontrolle verlosbarer Effekten.
Annahme von Geldern zur Verzinsung mit und ohne Kündigung.
Stahlkammer-Abteilung (Vermietung einzelner Fächer unter eigenem Verschluss der Mieter).
 Uebernahme von Wertpapieren, Dokumenten, Hypothekenurkunden etc. zur Verwaltung (offene Depots) und Besorgung aller mit der Verwaltung verbundenen Geschäfte. 1529

Vermögensverwaltung und Interessenvertretung während des Krieges.

Bekanntmachung

über Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Brekett.

Der „Staatsanzeiger“ und das „Amtliche Verkündungsblatt“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung in Berlin vom 17. Juni 1917 und eine solche der Kriegsamtsstelle Karlsruhe vom 28. Juni 1917 obigen Betreffs. Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Großh. Bezirksamt und den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 5. Juli 1917.

Großh. Bezirksamt.

A. BAGEL • VERLAG • DÜSSELDORF.

Karten und Skizzen zum Weltkrieg

von Eduard Rothert.

Kartographische Darstellung der Ereignisse auf allen Kriegsschauplätzen.

I. Teil: Die Ereignisse bis März 1915
 II. Teil: Vom Frühjahr 1915 bis Ende 1915.

Jeder Band enthält 21 bzw. 19 mehrteilige viel farbige Karten mit zahlreichen Nebenkarten und kurzem erläuterndem Text.

Jeder Band in Halbleinen gebunden kostet **M. 4.80**.
 Den vielen, die sich über die seitherigen Kriegsergebnisse wie auch über die Vorgeschichte des Krieges unterrichten wollen, werden diese klaren, übersichtlichen und ungemein leichtfaßlichen Darstellungen willkommen sein. Der kurze und treffende Text trägt zum Verständnis der Karten u. Skizzen wesentlich bei.

In jeder Buchhandlung, sowie in der Geschäftsstelle der „Badischen Landeszeitung“ einzusehen.

Frauenarbeitschule des Bad. Frauenvereins Karlsruhe.

Unter dem Protektorat J. A. S. Großherzogin Luise von Baden.

- 1) **Unterrichtskurse für sämtliche Fächer der weiblichen Handarbeit.** 1809
 - 2) **Vorbereitungsklasse** und Seminar für Handarbeits- und Gewerbelehrerinnen.
 - 3) **Berufsausbildung** für Weibnäherinnen, Kleidermacherinnen (2 1/2 Jahre), Zimmermädchen (1 Jahr), Kammerjungfern (1 1/2 Jahre).
 - 4) **Volle Pension** für auswärtige Schülerinnen in der Anstalt. Sorgfältige Erziehung und Pflege.
- Beginn: Montag, den 3. September, vormittags 8 Uhr.**
 Prospekte und nähere Auskunft durch die Anstalt, Gartenstr. 47. Karlsruhe, im Juli 1917.
 Der Vorstand der Abteilung I.

Handelschule

der Abteilung I des Badischen Frauenvereins Karlsruhe.

(Unter der Aufsicht des Großh. Landesgewerbeamts.)

Beginn eines neuen Schuljahres mit 32 Wochenstunden:
17. September d. J., nachm. 3 Uhr.

Die Unterrichtsfächer sind: Deutscher Briefwechsel und Kontorarbeiten, Handels- und Bürgerkunde, Handels-, Wechsel- u. Schecklehre, kaufmännisches Rechnen, Buchführung, Wirtschaftsgeographie, Fremdsprache, Rund- u. Plattschrift, Stenographie- u. Maschinenschriften.

Auswärtige Schülerinnen können in der Anstalt volle Pension erhalten.

Anmeldungen werden an die unterzeichnete Stelle erbeten, woselbst auch die Satzungen zu haben sind und jede gewünschte Auskunft gern erteilt wird.

Der Vorstand der Abteilung I.

Karlsruhe, Gartenstraße 49. 1810

Wiesbadener Kochbrunnen

Flaschenkuren: 30 Flaschen
 Unvergleichliche Heilerfolge bei
 Gicht, Rheuma, Ischias, Magen-, Darm-, Verdauungs-, Krankheiten, Darmträgheit, Kopfschmerzen, Harnsäure, Diabetes, Stein- u. Nierenbildung, Frauenleiden, Katarakte d. Atmungsorgane, Hämorrhoiden werden.
 Versand d. Kochbrunnen-Bäder I. Normaldosen à 1 Bad sowie d. Quellsalze, Kurbroschüren d. Brunnen-Kontor Wiesbaden
 Dr. med. T. in W. Die Verpflichtung der Dankbarkeit fühle ich am so tiefer, als der Kochbrunnen mich von dem furchtbaren Gichtanfall befreit hat.

Wir benötigen dringend für hier und auswärts folgendes Personal:

Köche, Kellner, Hotel- u. Wirtschaftsköchinnen, Weißschürhütchen, Hotel-Zimmermädchen, Küchenmädchen, Büfettfräulein und Saalstöcher.

Stadt. Arbeitsamt, Zähringerstraße 100
 Abteil. für Hotel- und Wirtsgewerbe.
 Fernsprecher Nr. 629. 50

Haupt- u. Residenzstadt Karlsruhe.

Höchst- u. Nichtpreise.

In der Zeit vom 12. Juli bis einschließl. 15. Juli sind auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt folgende Nichtpreise einzuführen.

Gemüse.		
Blumenkohl	1 Stück	20-60 Pf.
Rotkraut	1 Pfund	22-25 "
Weißkraut	1 Pfund	15-18 "
Wirsing	1 Pfund	15-18 "
Spinat	1 "	20-25 "
Buschbohnen, grüne u. gelbe	1 "	20-22 "
Stangenbohnen, grüne u. gelbe	1 "	28-30 "
Erbsen, grüne	1 "	30-32 "
Kartoffeln	1 Bund	8-25 "
" Doppel ohne Kraut	1 Pfund	50-60 "
Schnittkohl	1 Pfund	25 "
Runkelrübenblätter	1 Pfund	15 "
Rüben, gelbe	1 Pfund	8 "
Rüben, rote	1 "	18 "
Rüben, weiße	1 "	15 "
Rohrabi	1 Pfund	20-23 "
Bodenkohlrabi	1 "	10 "
Kopfsalat, inländischer	1 Stück	5-15 "
Endivien-Salat	1 Stück	10-15 "
Sellerie	1 "	5-20 "
Meerrettig	1 Stück	30-70 "
Reitig	1 "	2-10 "
Radisheschen und Eisapfen	1 Bund	3-10 "
Gurken zum Einmachen	1 Stück	10-50 "
Tomaten	1 Pfund	2-5 "
Rhabarber	1 "	100-120 "
Zwiebeln, inländische	1 "	15-20 "
Zwiebeln, mit Rohr	1 "	25 "
Neue Kartoffeln	1 "	20 "
		12 "

Pilze.		
Pflasterlinge	1 Pfund	40-50 Pf.
Steinpilze	1 "	50-60 "

Obst.		
Birnen	1 Pfund	45 Pf.
Birnsche	1 "	100 "
Birnen	1 "	50 "
Aprikosen	1 "	80-100 "
Heidelbeeren	1 "	50 "
Himbeeren	1 "	65 "
Johannisbeeren	1 "	40 "
Stachelbeeren	1 "	40 "

Karlsruhe, den 11. Juli 1917. 17a

Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Lustige Blätter

Durch wundervolle Bilder und packenden Text das humoristische Leibblatt

aller Feldgrauen und Daheimgebliebenen!

Feldpost- und Probe-Abonnements monatlich nur Mark 1,40

bei allen Buchhandlungen u. Postanstalten.

Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.



75 00 qm eigene Lager mit Bahn- und Hafen-Anschluß.
Robert Haberling
 Spedition
 Berlin
 Köthenerstraße 38

Verzollung Auslandverkehr

Für den Bedarf an Drucksachen

wie:
 Visitenkarten — Verlobungskarten — Vermählungskarten — Geburtsanzeigen
 Einladungskarten — Korrespondenzkarten — Trauerbriefe — Trauerkarten
 usw. empfiehlt sich die

Buchdruckerei Badische Landeszeitung Karlsruhe

Hirschr. 9. Telefon 400.